



Arbeiter*innen der Teeplantagen protestieren für höhere Löhne und einen Gesamtarbeitsvertrag.

Foto: CWRFU

Plantagenarbeiter*innen in Sri Lanka

Mit einem Tribunal der Teeplückerinnen Arbeitsrechte stärken

Die Krise, die Sri Lankas Bevölkerung seit einigen Jahren mit aller Härte trifft, ist für die Arbeiter*innen der Tee- und Gummiplantagen besonders schmerzhaft spürbar. Viele Arbeiter*innen können sich drei Mahlzeiten am Tag nicht mehr leisten. Die Regierung hat keine Geldreserven, um lebensnotwendige Güter zu importieren. Spitäler führen Operationen nur noch reduziert durch, weil unverzichtbare Medikamente und Ausrüstung fehlen.

Auf den Tee- und Gummiplantagen besteht seit 2019 ein vertragsloser Zustand, den die Unternehmen schamlos ausnutzen. Waren die Arbeitsbedingungen bis dahin durch einen Gesamtarbeitsvertrag geregelt, weigerten sich die Unterneh-

men, die Löhne an die rasant steigenden Lebenskosten anzupassen. Nach Protesten der Arbeiter*innen sorgte die Regierung 2019 – mit Blick auf die Wahlen im selben Jahr – für eine Erhöhung des Mindestlohns auf den Plantagen per Gesetz von umgerechnet 2 Franken pro Tag auf 2.90. Die Unternehmen reichten daraufhin eine Klage gegen die Regierung ein und schraubten die Vorgaben für die Tagesernte in die Höhe: So müssen die Teeplücker*innen auf einer Plantage beispielsweise 25 Kilos statt wie zuvor 16 Kilos ernten. Wenn sie das Tagessoll nicht erfüllen, erhalten sie nur die Hälfte des Lohns und verdienen deutlich weniger als zuvor. Durch den vertragslosen Zustand hat Ausbeutung zugenommen,

Arbeiter*innen wurden entlassen und als Scheinselbständige angeheuert, Kinderarbeit ist wieder auf dem Vormarsch. Vor diesem Hintergrund plant die Gewerkschaft Ceylon Workers Red Flag Union ein Arbeiter*innentribunal. Damit will sie den Druck auf die Unternehmen erhöhen, damit sie den Gesamtarbeitsvertrag wieder unterzeichnen. Druck soll aber auch auf die Regierung entstehen, damit diese die Unternehmen dazu bringt, die Arbeit auf den Plantagen wieder per Gesamtarbeitsvertrag zu regeln. Bei anhaltender Weigerung der Unternehmen müsste die Regierung entsprechende Gesetze für den Schutz der Arbeiter*innen erlassen. Das Tribunal soll die Plantagenarbeiter*innen stärken, indem sie Zeugnis über ihre Situation ablegen und diese so sichtbar machen. Der SOLIFONDS unterstützt das Tribunal der Plantagenarbeiter*innen und ihren Kampf für ihre Rechte.

**Herzlichen Dank, dass Sie das
Arbeiter*innentribunal
mit Ihrer Spende ermöglichen!**

Schuldenkrise und Proteste

Im Mai 2022 erklärte sich Sri Lanka für zahlungsunfähig. Die Schuldenkrise hatte sich abgezeichnet, als die Textil-, Tee- und Tourismusindustrie mit der Pandemie eingebrochen waren und dem Land die Liquidität fehlte. Nahrung und wichtige Güter wie Kochgas oder Medikamente konnten nicht mehr importiert werden. Nach dem Importverbot von synthetischem Düngemittel 2021 war die Ernte eingebrochen, die Hungerkrise verschärfte sich. Das Regime der Rajapaksa-Familie hatte zuvor etliche Staatsanleihen ausgegeben, Investoren fanden Gefallen an der neoliberalen und exportorientierten Wirtschaftspolitik. Viele der Kredite landeten jedoch in den Taschen der Regierenden anstelle der Staatskasse.

Die desaströse Wirtschaftslage löste im Frühling 2022 breite Proteste aus, die gegen die korrupte politische Elite gerichtet waren. Die Protestbewegung zwang zuerst Premierminister Mahinda Rajapaksa, danach Präsident Gotabaya Rajapaksa zum Rücktritt, der jedoch vorher noch den ebenfalls neoliberalen Ranil Wickremesinghe zu seinem Nachfolger bestimmte. Unter der wachsenden Repression erstickten die Proteste.

Anstelle eines Schuldenerlasses erhält Sri Lanka nun vom Internationalen Währungsfonds neue Kredite. Die Regierung muss dafür mit ihren Gläubigern neue Rückzahlungsbedingungen für die Schulden aushandeln. Fast die Hälfte der Gläubiger sind Private, Investmentgesellschaften wie BlackRock oder intransparente Finanzgruppen, die kaum gewillt sind, Zugeständnisse zu machen. So verklagte die Finanzgruppe Hamilton Reserve im letzten Sommer Sri Lanka auf vollständige Rückzahlung der Schulden mitsamt Zinsen.

Weiter fordert der IWF eine Erhöhung der Steuern und die Privatisierung staatlicher Betriebe. Der Bevölkerung wird eine weitere Verschlechterung aufgezwungen: Die Arbeitsgesetze sollen liberalisiert werden, beispielsweise durch eine Kürzung der Überstundenzuschläge. Für die Sanierung des Staatshaushalts will die Regierung den öffentlichen Pensionsfonds anzapfen. Arbeiter*innen und ihre Gewerkschaften mobilisieren deshalb gegen die geplanten Reformen. Am letzten 15. März und 25. Juli wurde im ganzen Land gestreikt. Weitere Mobilisierungen sind angekündigt trotz der Drohung der Regierung, die Proteste für illegal zu erklären.



Gespräch mit Menaha Kandasamy

«Die Unternehmen nützen die Not der Teepflückerinnen aus»

Menaha Kandasamy war die erste Generalsekretärin der zuvor von älteren Männern dominierten Gewerkschaft Ceylon Workers Red Flag Union und sorgte dafür, dass Teeplückerinnen in Führungspositionen vertreten sind. Heute ist sie als Beraterin der Gewerkschaft tätig.

*Kannst du uns die Situation der Plantagenarbeiter*innen schildern?*

Die aktuelle Situation ist für die Plantagenarbeiter*innen sehr schwer. Seit

2019 besteht ein vertragloser Zustand auf den Plantagen. Die Unternehmen nützen dies aus, um die Arbeiter*innen auszubeuten. Sie haben die Vorgaben für die Tagesernte erhöht. Auf einer konkreten Plantage war das Tagessoll zuvor 16 Kilos, jetzt sind es 25. Das ist mehr, als die Arbeiter*innen pflücken können. Es begann auch eine Informalisierung der Arbeit. Für die Unternehmen ist es profitabel, die Arbeiter*innen als Scheinselbständige zur Verfügung

Ein Erbe aus der Kolonialzeit

Rund eine halbe Million Arbeiter*innen – grossmehrheitlich Frauen – pflücken Tee auf den Plantagen in Sri Lanka. Sie sind Nachkommen der Arbeiter*innen, die in den 1820er Jahren von den britischen Kolonialherren aus Indien geholt und in sklavenartigen Verhältnissen ausgebeutet wurden. Nach der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 waren die Plantagenarbeiter*innen nicht als Bürger*innen anerkannt und viele waren bis 2003 staatenlos. Heute haben sie zwar die Staatsbürgerschaft, aber sie leben und arbeiten noch immer unter äusserst prekären Bedingungen. Sie wohnen auf engstem Raum in Gebäuden aus der Kolonialzeit. Die Schulen sind schlechter als anderswo, die Löhne so tief, dass die Kinder nicht genug zu essen haben. Toiletten gibt es auf den Plantagen nicht: Die Teeplückerinnen arbeiten und essen dort, wo sie auch ihre Notdurft verrichten müssen.



Lange Arbeitsstunden, hohe Erntevorgaben und der tiefe Lohn auf den Teeplantagen erinnern an die Kolonialzeit.

Foto: CWRFU

zu haben. Sie stellen ihnen ein Stück Land zur Verfügung und sagen, dass sie so flexibel arbeiten können und genug Zeit für ihre Familie hätten. So bezahlen die Unternehmen keine Sozialversicherungen mehr und müssen keine Arbeitsrechte einhalten. Zu einigen Plantagen haben Gewerkschaften keinen Zugang mehr. Damit wollen die Unternehmen die Gewerkschaften zerschlagen. Auch geben sie den Gewerkschaftsbeitrag, den sie von den Löhnen abziehen, nicht mehr an die Gewerkschaft weiter. Einige Gewerkschaften mussten ihre Büros vor Ort schließen, weil sie keine Einnahmen mehr hatten.

Das passiert mitten in der wirtschaftlichen und politischen Krise in Sri Lanka.

Genau, und schon diese ist für die Bevölkerung kaum tragbar. Wir können uns gar nicht vorstellen, wie die Arbeiter*innen über die Runden kommen. Die Unternehmen nützen das aus: Wenn eine Arbeiterin 24 Kilos pflückt bei einem Tagessoll von 25 Kilos, kriegt sie nur die Hälfte des Tageslohns. Der Lohn war ohnehin schon tief, und mit den höheren Erntevorgaben und zum Teil weniger Arbeitsstunden am Tag wechseln viele Arbeiter*innen zur informellen Arbeit, weil sie das Geld dringend brauchen, um ihre Kinder zu ernähren. Viele Männer, die ausserhalb der Plantagen arbeiten, verloren während der Pandemie ihre Stelle und die Frauen sind nun die Haupternährerinnen. Diese extreme Armut und Not machen sich Unternehmer zu Nutze. Es geht hier nicht um einzelne Arbeiter*innen, sondern um die gesamte

Plantagengemeinschaft. Viele Menschen können hier nicht mehr überleben und ziehen in den Nahen Osten. Auf den Plantagen haben sich Agenturen ausgebreitet, die die Not der Arbeiterinnen ausnützen und sie als Hausarbeiterinnen in Länder schicken, deren Sprache sie nicht verstehen.

Was macht eure Gewerkschaft in dieser Situation?

Die Plantagen müssen wieder Teil des formalen Arbeitssektors werden. Wir brauchen wieder einen Gesamtarbeitsvertrag. Wenn die Unternehmen sich weiterhin weigern, müssen wir Druck auf die Regierung ausüben. Diese hat nach Protesten der Plantagenarbeiter*innen Zusagen gemacht, aber nichts ist passiert. Sie soll so schnell wie möglich Gesetze erlassen, in welchen der Schutz der Arbeiter*innen geregelt ist.

Wir organisieren deshalb ein Arbeiter*innentribunal. Wir laden auch die

Regierung dazu ein, damit sie die Arbeiter*innen anhören kann. Die Regierung hat eine Verantwortung, denn die Arbeiter*innen sind Bürger*innen dieses Landes und müssen von der Regierung geschützt werden. Heute spricht die Regierung von Digitalisierung und Modernisierung des Landes, aber die Realität ist, dass es auf den Teeplantagen bis heute keine Toiletten gibt und die Bedingungen noch immer an die Kolonialzeit erinnern.

Mit dem geplanten Tribunal wollen wir die Plantagenarbeiter*innen ermächtigen, indem sie Zeugnis über ihre Situation ablegen und diese sichtbar machen – auch international, denn die Jury des Tribunals wird aus sri-lankischen und internationalen Richter*innen zusammengesetzt sein. Der Entscheid der Jury wird in die Plantagen zurückgetragen, um die Arbeiter*innen in ihrem Kampf für ihre Rechte zu stärken.

Kampf für Vertretung der Frauen in der Gewerkschaft

Frauen haben auf den Plantagen längere Arbeitstage als Männer, sie sind es, die die Teeblätter pflücken. Jedoch waren Frauen in den Gewerkschaften lange nicht vertreten. Menaha Kandasamy, selbst Tochter einer Teeplückerin, wollte das ändern. Als sie der Ceylon Workers Red Flag Union beitrug, begann sie, Frauen auf den Teeplantagen zu organisieren. Mit Erfolg: War die Gewerkschaftsführung zuvor stark von älteren Männern geprägt, sind heute Frauen und junge Plantagenarbeiter*innen gut vertreten, die Gewerkschaft wird von einer Frau geleitet und kollektive Führung sowie rotative Leitung wurden eingeführt. Entscheidungen auf gesamtgewerkschaftlicher Ebene werden von einem Gremium gefällt, in dem Frauen zur Hälfte vertreten sind. Dabei achtet die Gewerkschaft darauf, dass insbesondere junge Arbeiterinnen Führungspositionen einnehmen.



Minenarbeiter protestieren vor Schweizer Botschaft.

Foto: V. Mallqui / CNV Internationaal

OECD-Beschwerde

Klage gegen Glencore und Tochterfirma in Peru

«Wir verlangen nicht viel: nur dass die Glencore-Tochterfirma Gesetze einhält, Gewerkschaftsrechte respektiert sowie ihre eigenen Versprechen erfüllt.» Dies sagten die Minenarbeiter der Glencore-Tochterfirma Volcan Compañía Minera in Andaychagua im peruanischen Andenhochland, als sie sich im Streik befanden, und sie sagen es noch heute. Seit die Gewerkschaft ihre Statuten so angepasst hat, dass auch Leiharbeiter Mitglied werden können, geht das Unternehmen Volcan mit gewerkschaftsfeindlichen Methoden vor, ficht Behördenentscheide zu Gunsten der Gewerkschaft an und weigert sich, mit ihr zu verhandeln.

Aus diesem Grund traten die Arbeiter im Dezember 2021 in den Streik und forderten, dass Volcan mit ihrer Gewerkschaft in Verhandlungen trete. Dies hätte das Unternehmen gemäss Entscheiden der peruanischen Behörden schon längst tun müssen. Nach dem Entscheid der regionalen Arbeitsbehörde, wonach Verhandlungen aufgenommen werden müssten, beendete die Gewerkschaft ihren Streik nach über zwei Monaten. Jedoch hat sich Volcan seither weiterhin widersetzt, mit der Gewerkschaft der Mineure zu verhandeln.

Aus diesem Grund hat die Gewerkschaft in Peru eine OECD-Beschwerde gegen das Glencore-Tochterunternehmen eingereicht. Parallel dazu haben der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB und der SOLIFONDS zusammen mit dem niederländischen Gewerkschaftsbund CNV ebenfalls eine OECD-Beschwerde in der Schweiz eingereicht, welche sich gegen den Mutterkonzern richtet. Das Glencore-Management war von der Gewerkschaft und den drei beschwerdeführenden Organisationen aufgefordert worden, daraufhin einzuwirken, dass Volcan Gewerkschaftsrechte einhält. Jedoch tat Glencore nichts dergleichen, im Gegenteil. Glencore behauptete in einem Antwortschreiben, dass nur Festangestellte Mitglied der Gewerkschaft werden könnten – obwohl die Behörden anderslautende Urteile gefällt und die neuen Statuten der Gewerkschaft abgesegnet hatten.

Von den parallel eingereichten Beschwerden erhoffen sich die Beschwerdeführenden, dass Glencore und die Tochterfirma Volcan dazu bewegt werden, endlich Gewerkschaftsrechte zu respektieren und Verhandlungen mit der Minenarbeitergewerkschaft aufzunehmen. Im Wissen, dass die Aussicht einer OECD-Beschwerde beschränkt ist – Sanktionen sind nicht vorgesehen, stattdessen müsste das beklagte Unternehmen einer Mediation zustimmen –, sieht die Gewerkschaft der Minenarbeiter darin eine Möglichkeit, endlich als Verhandlungspartnerin anerkannt zu werden.

Türkei: Journalist*innen wurden freigelassen

Seit Jahren werden unabhängige und regierungskritische Medien und Journalist*innen in der Türkei kriminalisiert. Die Medien sind mehrheitlich staatlich kontrolliert, viele unabhängige Medienschaffende befinden sich mit langen Freiheitsstrafen im Gefängnis. Der SOLIFONDS hat in den vergangenen Jahren immer wieder unabhängige Medienplattformen bei der Fortführung ihrer Arbeit unterstützt.

Am 8. Juni 2022 wurden in mehreren unabhängigen Medienagenturen und in Wohnungen von Medienschaffenden in Diyarbakir Razzien durchgeführt. Arbeitsmaterial wurde beschlagnahmt und 21 Medienschaffende festgenommen. Während einige Journalist*innen nach kurzer Zeit freikamen, blieben 16 von ihnen im Gefängnis. Im Juli erreichte uns nun eine gute Nachricht: Die Journalist*innen wurden freigelassen, allerdings bleibt die Anklage des Terrorismusvorwurfs bestehen. Der SOLIFONDS hatte als Reaktion auf die Festnahmen einen Solidaritätsaufruf mitlanciert und die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert.

Postkarten und Stickers für die internationale Solidarität

Seit 40 Jahren unterstützt der SOLIFONDS soziale Befreiungskämpfe im Globalen Süden, möglich ist dies dank unseren Spenderinnen und Spendern. Damit unsere Solidaritätsarbeit auch in Zukunft weitergehen kann, müssen auch jüngere solidarische Menschen uns kennen. Deshalb brauchen wir Ihre Unterstützung. Helfen Sie mit, den SOLIFONDS bekannt zu machen, schicken Sie Postkarten und Aufkleber an Freund*innen und Bekannte. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Bestellung hier:
www.solifonds.ch/material



IMPRESSUM: SOLIFONDS – Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
Tel. 044 272 60 37, mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch, PC 80-7761-7, IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

Redaktion: Aurora García, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich (gedruckt auf Refutura-Papier: 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC zertifiziert, Co₂-neutral)